Nr. 64. | Sonnabend, 16. März. | 1901

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,20 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 62 Pf. Sprechstunden der Redaktion 11–12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. rc. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner, G. L. Daube & Co. Emil Kreidner.

Inseratenpr. für 1spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Unsere Colonialpolitik.

Mit Begeisterung begonnen, wird die deutsche Colonialpolitik vielfach nur noch mißmuthig fortgeführt. Keines der Schutzgebiete hat bisher in vollem Umfange das geleistet, was es versprach. Man verordnet und bestraft, registrirt und reglementirt, doch die aufgewandten Kosten werden nicht gedeckt, und auf Reingewinn ist einstweilen nicht zu rechnen. Der Gedanke, den Auswandererstrom aus Deutschland nach Afrika zu leiten, kommt ernsthaft kaum noch in Betracht. Nur Südwestafrika böte zur Ansiedlung von Bauern Gelegenheit, wenn sich genügend Wasser fände. Die übrigen Gebiete lassen lediglich Plantagenwirthschaft zu, welche Großkapital und Negerbeschäftigung voraussetzt. Zum Ueberfluß treten neuerdings auch noch Anzeichen für einen Rückgang des ohnedies schon schwachen Handels auf; Elfenbein wird seltener, und andere Transportwerthe decken den Ausfall nicht.

Mißerfolge stimmen nicht fröhlich. Darum war die Stellung des Leiters unserer Colonialpolitik nie eine beneidenswerthe. Nacheinander haben sich die Herren Kayser, v. Richthofen, v. Buchka als Directoren der Colonialabtheilung abgemüht und von keiner Seite Dank geerntet. Kayser wurde mit Angriffen bis über das Grab hinaus verfolgt. Richthofen konnte von Glück sagen, daß er bald zum Unterstaatssecretär aufrückte. Buchka erhielt bei seinem Abgange von allen Seiten das Zeugniß, daß er den besten Willen, sonst aber nichts für das schwierige Amt mitgebracht hatte. Jetzt hat Herr Dr. Stuebel den Posten inne und soll beweisen, daß er besitzt, was anderen fehlte: die geschickte und glückliche Hand. Redner ist er nicht, das ließ sein Auftreten im Plenum wie in der Commission erkennen. Afrika kennt er auch nicht. Aber vielleicht gewinnt er engere Fühlung mit den Kaufleuten und versteht es, die Wiederholung der unsere Verwaltung so stark discreditirenden Brutalitäten zu verhindern. Das wäre immerhin schon etwas.

Seine Hauptaufgabe ist, den Ertrag der Schutzgebiete zu vermehren und die Reichszuschüsse zu vermindern. Als Mittel, die Leistungsfähigkeit zu heben, sollen jetzt Eisenbahnen dienen. Im Bau ist bereits die ostafrikanische Linie Tanga bis Korogwe, die bis Mombo fortgeführt werden soll, und die südwestafrikanische Linie Swakopmund-Windhoek. Bei beiden Strecken hat man die Erfahrung gemacht, daß die zu überwindenden Schwierigkeiten und die aufzuwendenden Kosten unterschätzt wurden. Es dürfte uns auch die weitere Erfahrung nicht erspart bleiben, daß die Ertragsberechnungen den wirklichen Verhältnissen nicht entsprechen. So gering indeß auch die Erwartungen sind, die sich an den Betrieb knüpfen, die Parteien des Reischtages werden, was sie angefangen haben, auch fortsetzen und vollenden.

Stark umstritten ist dagegen das Project einer neuen Bahn, die das ostafrikanische Schutzgebiet in ostwestlicher Richtung durchqueren soll. Für die erste 230 Kilometer betragende Theilstrecke von Dar-es-Salaam bis Mrogoro war im Etat ein Anfangsbetrag von 2 Millionen Mark gefordert worden. Von Mrogoro sollte die Bahn später bis nach Tabora gehen, dem in Aussicht genommenen Knotenpunkt eines künftigen ostafrikanischen Eisenbahnnetzes. Die Strecke Mrogoro-Tabora wäre 800 Kilometer lang. Die Baukosten der ersten Theilstrecke hatte Oberstleutnant Gerding auf 15 Millionen geschätzt.

Dies Project hat feurige Gegner und ebenso feurige Freunde gefunden. Afrikaforscher wie Hans Meyer und Schweinfurth mahnen mit Rücksicht auf die geringe Productionsfähigkeit und dünne Bevölkerung dringend ab; Vohsen und andere reden eifrig zu, da sie davon eine Steigerung des Landanbaues und ein Wachsthum des Transports erwarten, der jetzt durch Flußdampfer und Karawanen nur unzureichend entwickelt werde. Im Reichstage sind es besonders Abgeordnete wie Hasse uud Arendt, die zur Inangriffnahme der Bauarbeiten drängen. Das für die Colonialpolitik unentbehrliche Centrum widerstrebt dagegen dem Bau auf Reichskosten und giebt dem Privatbetrieb den Vorzug.

Die Vermuthung, daß der Bau und Betrieb durch Private auch sonst, im Reichstage und in der Oeffentlichkeit, größeren Sympathien begegnen werde, hat dazu geführt, die bereits früher eingeleiteten und wieder fallen gelassenen Verhandlungen mit einem Syndicat von Neuem aufzunehmen. Man setzte sich mit der Deutschen Bank und Discontogesellschaft in Verbindung, und diese vereinbarten, unter Hinzuziehung noch anderer einflußreicher Firmen, mit dem Reichskanzler vorläufig einen Vertrag, der dem Reichstage jetzt im Wortlaut vorliegt und den Gegenstand eines sehr bald einzubringenden Gesetzentwurfes bilden soll. Bis zum 30. Juni d. J. haben die Contrahenten sich gebunden.

Einzelne Abgeordnete finden, daß die Vertragsbedingungen für die Gesellschaft zu günstig lauten und suchen deshalb den vermeintlichen Vortheil zu kürzen. Für die objective Beurtheilung steht einestheils fest, daß das Risico, welches die Gesellschaft eingeht, allerdings nicht groß ist, daß aber andererseits auch kein hoher Nutzen winkt. Das Ganze scheint mehr ein Gefälligkeitsgeschäft als eine chancenreiche Speculation zu sein. Die Antheilseigner erhalten direct vom Reiche drei Procent und während der Bauzeit ein Procent. Die Gesellschafter zahlen 24 Millionen al pari ein und hoffen die Actien über pari unterzubringen; darin läge ihr Gewinn. Die Ausloosung von 120 Procent ist ein Lockmittel, dessen thatsächliche Bedeutung sich als gering erweist, wenn man bedenkt, daß die Ausloosungsfrist 87 Jahre umfaßt. Eine Rentabilität kann man für die erste Zeit nicht erwarten; eben deshalb kann eine Bahn, wenn sie gebaut werden soll, nur mit Reichsgarantie gebaut werden.

Die Budgetcommission, welcher der Vortrag zur Information vorgelegen hat, nahm in ihrer Mehrheit eine abwartende Stellung ein und ließ alles offen. Ob das Plenum den Vertrag genehmigen wird, hängt von einer Reihe von Umständen ab, welche sich im Augenblick noch nicht übersehen lassen. Auch innerhalb der liberalen Gruppen, welche das einmal Vorhandene fortentwickeln möchten, schon um die eigenen Einnahmen der Schutzgebiete zu erhöhen, findet man zumeist die Verantwortung sehr groß, die in der jetzigen Bewilligung und in deren künftigen Consequenzen liegt. Die Deutschconservativen würden, von einigen Wenigen abgesehen, nicht aus innerem Drang, sondern höchstens aus taktischen Rücksichten dafür stimmen. Eine größere Geneigtheit besteht beim Centrum, die größte bei den Nationalliberalen und Freiconservativen. Die drei Lesungen des Gesetzentwurfs können noch Ueberraschungen bringen.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 14. März.

In der heutigen Sitzung knüpfte sich eine mehrstündige Debatte an die Vorschläge der Budgetcommission bezüglich der Besoldung der **Kreisärzte** im Anschluß an die Denkschrift über die Ausführung des Kreisärztegesetzes. Die Commission beantragt, für die nicht vollbesoldeten Kreisärzte ein Mindestgehalt von 1800 Mk. (Kreisarztassistenten 900 Mk.) festzusetzen und ihnen Wohnungsgeldzuschuß zu gewähren.

Cultusminister **Studt** erklärte, die Regierung sei einverstanden mit der vorgeschlagenen Bemessung des Minimalgehalts, müsse aber der Gewährung eines Wohnungsgeldzuschusses entschieden widersprechen, sie wolle aber weitgehendes Entgegenkommen üben, indem sie bereit sei, den ungefähren Bertrag der Summe der geforderten Wohnungsgeldzuschüsse zur Verfügung zu stellen, aber nicht in Gestalt von Wohnungsgeldzuschüssen, sondern durch Erhöhung des Durchschnittsgehalts der nicht vollbesoldeten Kreisärzte von 2250 auf 2700 Mk. Diese Aerzte sollen von der Privatpraxis nicht losgelöst werden. Sie seien keine vollbeschäftigten Beamten und hätten deshalb keinen Anspruch auf Wohnungsgeldzuschuß. Man möge nicht ein Gesetz schon abändern, bevor es in Kraft getreten sei.

Auch Finanzminister **Miquel** erklärte sich gegen den Wohnungsgeldzuschuß. So lange wie die Kreisärzte als Beamte ein Nebenamt haben, könne man die Gehaltsverhältnisse nicht anders ordnen, als wir es gethan. Wenn wir den nicht vollbesoldeten Kreisärzten Wohnungsgeldzuschuß geben wollten, müßten wir ein besonderes Gesetz machen.

Nachdem die Abgg. **Immwalle** (Centr.), **Martens** (nat.-lib.) und **Bruett** (freicons.) für den Wohnungsgeldzuschuß sich ausgesprochen, und Abg. **Loebell** (cons.) empfohlen hatte, die Sache auf ein Jahr zu vertagen, da sie noch nicht spruchreif sei, wurden die betr. Etatstitel nebst den dazu vorliegenden Anträgen an die Budgetcommission zurückverwiesen.

Den zweiten Theil der Sitzung füllte die Verhandlung über die Regelung der **Schulunterhaltungspflicht** aus, die an den conservativen Antrag v. Heydebrand auf Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes und die im Etat ausgeworfenen 13 Millionen zu Unterstützungen für Schulbauten anknüpfte. Auf die Begründung der Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes auf Grundlage des Communalprincips, bei dem aber die Confessionalität der Volksschule gegen Gemeinden und Minister sicher gestellt werden müßte, durch den Antragsteller erklärte Cultusminister Dr. **Studt**:

Die Regierung habe durch Einstellung von mehr als elf Millionen für Schulbauten ihre Zusage erfüllt, die gegenwärtigen Härten auszugleichen, sie habe auch die Belastung der Gemeinden und Gutsbezirke, insonderheit für die Schulunterhaltung statistisch erfassen lassen, wobei sich manche Angaben von Gemeinden als unberechtigt erwiesen; da aber außer den Gemeinden mehrere Ressorts betheiligt seien und eine ausgleichende Gerechtigkeit allein auf Grund des Communalprincips kaum möglich sei, reiche der Zeitraum eines Jahres nicht aus, ein solches Gesetz fertigzustellen. Eine bestimmte Frist könne er nicht angeben. Er hoffe aber bei allseitig gutem Willen auf eine endliche Erledigung dieser Frage.

Die Redner aus dem Hause, Frhr. **v. Zedlitz** (freicons.), **Porsch** (Centr.), **Ehlers** (freis. Ver.), **Bänsch-Schmidtlein** (freicons.), **Wangenheim** (cons.) und **Seydel-Hirschberg** (nat.-lib.) sprachen sich sämmtlich namens ihrer Fractionen, der Abg. **Ehlers** namens beider freisinnigen Richtungen für die Nothwendigkeit einer baldigen Regelung der Volksschulunterhaltungspflicht aus, unter Wahrung des Standpunktes ihrer Parteien in der Frage der Confessionalität der Volksschule. Der Antrag v. Heydebrand wurde darauf einstimmig angenommen.

Morgen stehen kleinere Vorlagen sowie die Fortsetzung der Etatsberathung auf der Tagesordnung.

Reichstag.

Berlin, 14. März.

Der Reichstag erledigte heute den Etat des Reichsversicherungsamtes. An der sechsstündigen Discussion betheiligten sich die Abgg. Roesicke-Dessau (lib.), die Socialdemokraten Sachse, Stadthagen, Hoch und Herzfeld; ferner Hilbck (nat.-lib.), Hitze (Centr.), Oertel (cons.) und Staatssecretär Graf Posadowsky. Angenommen wurde eine von der Budgetcommission beantragte Resolution, den Senatsvorsitzenden den Rang der Räthe 3. Klasse zu geben; abgelehnt wurde dagegen eine Resolution der Socialdemokraten, zu ständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes Techniker und Nationalökonomen zu berufen.

Morgen erfolgt die erste Lesung des **Nachtragsetats für China.**

Die Anträge Klinckowström.

Berlin, 15. März Der Reichtagsabgeordnete Graf Klinckowström (cons.) hat zusammen mit dem Centrumsabgeordneten Herold neben seiner alten Resolution betreffend die Aenderung des **Artikels 19 des Schlußprotokolls zum russischen Handelsvertrage** folgende Resolution in der Budgetcommission eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, daß innerhalb der durch die Reichsverfassung gegebenen Grenzen bei Abschluß von Handelsverträgen oder bei Abschluß von Tarifverträgen der Bundesstaaten Bestimmungen über **Eisenbahntarife,** bei denen **ausländische Producte** auf deutschen Bahnen günstiger gestellt sind als inländische, nur dann aufgenommen oder zugelassen werden, wenn solche ausschließlich **für den Durchgangsverkehr** bestimmt sind. Ausnahmen von vorstehender Bestimmung sind zulässig bei Producten des Bergbaues und bei solchen Producten, welche im deutschen Reiche nicht erzeugt werden, endlich bei solchen Halbfabrikaten, welche in industriellen Betrieben erforderlich sind.

Die Commission beschäftigte sich heute mit den beiden Resolutionen Klinckowströms.

Die Debatte eröffnete Graf **Klinckowström,** indem er die neue Resolution begründete. Alsdann wandte sich Ministerialdirector **Moellhausen** in mehr als einstündiger Rede gegen die alte Resolution, indem er die Wirkungen der bestehenden Einrichtung darlegte, von der nach seiner Ansicht Handel und Landwirthschaft überwiegende Vortheile haben. Graf **Klinckowström** antwortete in ebenso langer Rede; er beklagte, daß der Landwirthschaftsminister nicht vertreten sei und bemängelte in sehr scharfer Weise, daß die Eisenbahnverwaltung sich um die Aeußerungen der Landwirthschaftskammer nicht gekümmert habe.

Es wurde alsdann beschlossen, die nächste Sitzung zur Berathung dieses Gegenstandes erst auf Dienstag anzuberaumen, damit bis dahin das Material gedruckt wird, insbesondere die heutige Rede des Ministerialdirectors Moellhausen, die stenographisch aufgenommen worden ist. Die Minister v. Hammerstein und Brefeld sollen aufgefordert werden, Vertreter zu entsenden. Außerdem sollen die Petitionen der Landwirthschaftskammer von Ostpreußen den Mitgliedern der Commission zugänglich gemacht werden.

Graf Bülow über die Chinafrage.

Die Debatte über die Chinavorlage in der

(Nachdruck verboten.)

Die das Leben lieben.

Roman von **Klaus Rittland.**

3) (Fortsetzung.)

II.

Es war Abends gegen 7 Uhr. Professor Weinbauer und sein Neffe Paul Bredorek schritten durch die Hauptstraße der kleinen Residenzstadt, die stille, lange, vornehme Cavalierstraße, dem Hoftheater zu.

„Merkwürdig, wie ruhig es schon ist“, meinte der Professor, seine Schritte beschleunigend, „die Theateranfangsstunde ist sonst die einzige, wo die Cavalierstraße mit so etwas wie Menschengewimmel renommiren kann. Wir kommen sicherlich schon zu spät.“

Paul Bredorek antwortete nur durch ein nichtssagendes „Nein!“ Er war heute in sehr gedrückter Stimmung. Seine Actien standen schlecht, hundeschlecht! Er sah wohl ein, daß seines Bleibens in dem großen, schönen, lebendigen Berlin nicht länger war. Die „Garnison im östlichsten Ostpreußen“ rückte als grausige Wahrscheinlichkeit näher und näher. Ach Gott, und er mußte ja noch froh sein, wenn er nicht ganz um die Ecke ging. — Wenn der Onkel ihm nur noch ein einziges Mal die Schulden bezahlte! Und die schlimmsten hatte er ihm noch gar nicht einmal gebeichtet. Die 1700 Mark, die er dem kleinen Barnitz schuldete, und die eklige Rechnung von Borchardt für das Souper, welches Paul neulich in seinem eigenen Logis für das interessante Medium, Fräulein Jokonda, gegeben hatte. Die Kameraden hatten sich zwar alle prachtvoll amüsirt bei dem Souper und der nachfolgenden spiritistischen Sitzung — Geisterbeschwören war jetzt so Mode in Tout-Berlin! — aber die Delicatessen-Rechnung lag wie ein Alp auf des flotten Gastgebers Seele!

„Sieh doch mal, was ist denn das dort auf der Erde?“ fragte jetzt der Professor. Sie wollten eben in die Vorhalle des Theaters treten, als sie in dem, an der Seitenfront des Gebäudes entlang führenden, halbdunklen Gang eine auf dem schneebedeckten Erdboden kauernde weibliche Gestalt bemerkten, welche den Kopf gegen die Wand gepreßt hielt.

„Die scheint ohnmächtig zu sein!“

Und der Professor trat näher. „Fräulein, ist Ihnen nicht wohl?“

Da schnellte die Gestalt empor; — ein helles Lachen! Das klang doch so bekannt! „Gisela, Herzenskind, du? Ja, was machst du denn hier auf der Straße?“

Mit verlegenem Gesicht sprang sie auf und schüttelte den Schnee von ihren Kleidern.

„Ich höre die Tannhäuser-Ouverture an, Onkelchen. Ich finde sie so wunderschön, aber ich habe sie bis jetzt nur auf dem Klavier kennen gelernt. Und nun — siehst du — das da ist nämlich das Schalloch, da kann man ganz gut das Orchester hören!“

Der Professor jubelte förmlich auf vor Entzücken. „Nein, das ist aber einzig, mein Elfchen, mein Prachtmädel! Auf diese Weise schindet sie Kunstgenüsse! Wundervoll! Ganz allerliebst! Dafür sollst du auch jetzt sofort mit mir in den „Tannhäuser“, mein Sonntagskindchen!“

Gisela klatschte vor Freude in die Hände.

Der Leutnant aber sah mit einem mißbilligend-spöttischen Blick auf das kleine, sonderbare Persönchen.

„Genirten Sie sich denn gar nicht vor den Leuten, die vorbeikommen könnten?“

„Vor den Leuten? Nein. Die Leute sind mir schnuppe“, war die Antwort. Als die drei in ihre Loge traten, war bereits der Vorhang aufgegangen und die leichtgeschürzten Hoffräulein der Frau Venus umgaukelten den armen Ritter mit ihren schmeichlerischen Künsten.

Gisela war zuerst ein ganz klein wenig enttäuscht. Die Venusberg-Scene sagte ihrem Empfinden zu wenig. Und nachher die vielbewunderte Scene mit dem Hirtenjungen? Die hatte sie sich auch poetischer gedacht. Der Hirtenknabe war eine Sängerin von gar zu üppigen Körperformen. Und die koketten Blicke, die der weibliche Knabe nach der Hofloge hinaufwarf. Das brachte einen ganz aus der andächtigen Genuß-Stimmung!

Als der Vorhang sich gesenkt hatte, sah sich die Kleine neugierig in dem hellen freundlichen Zuschauerraume um, und streichelte dabei wohlgefällig den rothen Sammet der Logenbrüstung. Wie das alles prächtig war! All die vielen hübschen buntseidenen Theaterblusen in den Logen — und die süße, schwüle Parfümluft und das leise Summen, welches aus dem Parkett heraufdrang — — — Jetzt fiel ihr auch ein, sich den hinter ihr sitzenden Leutnant einmal näher anzusehen. Er lag nachlässig zurückgelehnt in seinem Fauteuil und hielt das Opernglas auf die gegenüberliegende Loge gerichtet. Wer saß denn da? Ach — das waren ja die beiden neuesten Pflüger'schen Pensionärinnen, alberne, aufgeblasene Dinger! — Und wie sie miteinander tuschelten und in die Loge herüberlachten. Ob das dem Leutnant galt? Gisela betrachtete ihn prüfend. Also so etwas gefiel den großen Mädchen? Diese schlanke, nicht über mittelgroße Gestalt — das schwarze Schnurrbärtchen — das junge Dutzendgesicht — nichts, gar nichts Besonderes, weder melancholisch angehaucht, noch heldenhaft — nein, für so einen würde Gisela sich nie begeistern können. Aber daß er sich auch gar nicht ein Bischen um sie bekümmerte, ärgerte sie doch. Der Onkel hatte in der Nebenloge einen alten Bekannten entdeckt und Gisela saß nun ganz isolirt. Ein paarmal hustete sie und drehte sich halb nach dem Leutnant um, aber es wirkte nicht. — — Jetzt endlich beugte er sich zu ihr vor. „Kleines Fräulein, wissen Sie vielleicht, wer die beiden Damen dort in der Loge sind?“

„Ganz dumme Mädchen, die noch in die Schule gehen“, war die wegwerfende Antwort. „Die dicke Blonde kann sogar im Französischen noch nicht einmal in der Selecta mit fort. Na freilich, sie ist auch nur vom Lande.“

Der Leutnant lachte. „Und Sie, kleines Fräulein, sind wohl sehr stolz auf Ihre Residenz? Na ja, 's ist auch wirklich ein ganz feudales kleines Nest. Und schöne Wald-Umgebung. Gewiß famose Jagd. „Das Land der Hasen und Excellenzen“, wurde irgendwo in einem schnodderigen Zeitungsartikel Ihre Heimath genannt.“

Giselas Augen blitzten von beleidigtem Lokalpatriotismus auf. „Na — und wo sind Sie denn geboren?“

„In Calcutta“, antwortete er stolz. „Mein Vater war damals für lange Zeit auf See und da brachte meine Mutter den Winter bei einer in Indien verheiratheten Freundin zu.“ — —

„Aha, also im Lande der Affen“, warf sie ungezogen hin.

„Danke schön, Fräulein Brennnessel!“ Paul Bredorek brach in ein herzhaftes Lachen aus. „Uebrigens“ — fragte er dann — „wird man sich zu Hause nicht um Sie ängstigen, Kleine? Wenn Sie so sans façon ausbleiben?“

Erschrocken sah Gisela ihn an. Richtig, daran hatte sie mit keinem Gedanken gedacht, ebensowenig wie der impulsive Onkel Weinbauer.

„Na, ich werd's besorgen“, tröstete Paul die Bestürzte. „Irgend ein sprungbereites Individuum wird sich schon für 50 Pfennige auftreiben lassen!“

Er verschwand auf fünf Minuten, und als er wiederkam, überreichte er der kleinen Dame galant eine Düte Bonbons, die er in der Eile am Büffet geholt hatte. Das rührte Giselas Herzchen. Nein, er war doch wirklich ganz nett.

„Weißt du, Onkel“, hörte sie ihn ein paar Minuten später dem Professor zuflüstern, der in den Hintergrund der Loge getreten war, „wenn die Kleine da sich erst 'mal rausgewachsen hat, kann's noch ein ganz netter Käfer werden. Sie hat Rasse.“

Es war zwar ein Bischen geringschätzig ausgedrückt. Aber Gisela hörte es doch ganz gern. Nun hatte sie dem Liebesbrief Renatens ein Paroli zu bieten. Was würde Renate sagen! Mit einem wirklichen Gardeleutnant war sie im Theater gewesen. Der hatte ihr Bonbons gekauft und gemeint, sie hätte „Rasse“. Das war doch schon ein Anfang, — wenn sie sich auch nicht ganz klar war, was Rasse bedeutete. Sie hatte bis jetzt nur von der kaukasischen, semitischen, mongolischen, malayischen und Negerrasse gehört.

(Fortsetzung folgt.)

heutigen Sitzung des Reichstages leitete Graf **Bülow** ein. Er führte aus:

Die Verhandlungen sind langsam aber stetig fortgeschritten. Der Regelung der Verhältnisse in China sind wir um ein gutes Stück näher gekommen, daß ein gemeinsames und vernünftiges Friedensprogramm aufgestellt worden ist, liegt daran, daß der Wunsch nach Frieden größer ist, als gewisse andere in der Natur der Verhältnisse oder in der Vergangenheit begründete Divergenzen. Wir leben in der Hoffnung, daß die Solidarität der Culturvölker auch die Meinungsverschiedenheiten, die sich neuerdings herausgebildet haben, überwinden werden. Der Reichskanzler resumirt den Gang der Verhandlungen und äußert sich namentlich über die Verhandlungen über Bestrafung der Uebelthäter. Die Sühnemission des Prinzen Tschung wird nicht eher vom Kaiser empfangen werden, als die Collectiv-Forderungen ausgeführt sind oder ihre Ausführung sicher gestellt ist. Redner verbreitete sich dann über die Entschädigungsfrage. China habe sich verpflichtet, bedingungslos alle Kosten der Mächte zu bezahlen und den Privatleuten zugefügten Schaden zu ersetzen. In kurzer Zeit werden wir darüber einen klaren Ueberblick haben. Wir haben verschiedene Gutachten angehört von Sachverständigen, welche dahin gehen, daß ein Eingreifen in innerchinesische Verhältnisse zu vermeiden sind. Ebenso sei eine Controle der Mächte unthunlich. Das beste Object der Kostentilgung seien die Seezölle. Selbst eine beträchtliche Erhöhung derselben würde den auswärtigen Handel nicht schädigen. Daß die Besitzer der chinesischen Anleihe nicht geschädigt werden, wird Vorsorge getroffen werden.

In Bezug auf die Kriegskostenfrage gehen die Verhandlungen der Mächte fort. Jeder Staat wird seine effectiven Kosten angeben. Was die **Zurücksendung der Truppen** betrifft, so hängt diese ab von der weiteren Gestaltung der Dinge und der Loyalität der Chinesen. Durch die schönsten Worte Li-Hung-Tschangs werden wir uns nicht beirren lassen. Wir werden das Gros unserer Truppen aus Petschili erst zurückziehen, wenn wir Garantien für die Zahlung der zu leistenden Entschädigungen erhalten haben. Unser Wunsch besteht darin, so lange wie möglich Petschili nicht wiederzusehen. (Heiterkeit.) Das heißt mit unseren Soldaten; unsere Kaufleute und Missionare werden dahin gehen. Wir werden uns durch keine Winkelzüge und Spiegelfechtereien der Chinesen aus Petschili herauscomplimentiren lassen. Dasselbe gilt von dem Obercommando. Zum Schluß äußerte sich der Kanzler über die gegenwärtige diplomatische Lage in China. Alle Mächte sind bestrebt, die Lage zu consolidiren. Was die Divergenzen betrifft, so giebt es Mächte, die wirthschaftliche und solche, die politische Interessen in China haben. Wir gehören zu den ersteren.

Das **deutsch-englische Abkommen** bezieht sich nicht **auf die Mandschurei**. Es ist uns vollkommen gleichgiltig, was aus der Mandschurei schließlich wird. China ist ein Schuldner, der mit seinen Gläubigern verhandelt, ohne einen Accord bisher erreicht zu haben. Wir haben nur ein Interesse daran, daß der Schulder nicht zu viel weggiebt, in fraudem creditorum, und wenn es so weiter geht, wird China bald einer ausgequetschten Citrone gleichen, ehe wir zu unserem Salze gelangt sind. China muß alle Anträge den Conferenzen in Peking vorlegen. In diesem Sinne ist vor einigen Tagen ein Telegramm abgegangen. Unzutreffend ist, daß Deutschland in China isolirt sei. Ebenso ist es unzutreffend, daß unsere Beziehungen zu Rußland durch die letzten Vorgänge alterirt sind. Deutschlands und Rußlands Ziele können nebeneinander bestehen, in China wie in der ganzen Welt. Es bestehen **keine sachlichen Gegensätze zwischen Deutschland, England und Rußland, auch nicht mit Amerika, Frankreich und Japan.** Selbstverständlich ist es dabei, daß wir auch mit unseren Verbündeten, Italien und Oesterreich, in China Hand in Hand gehen bei dem völlig unerschütterten Weiterbestehen des Dreibundes.

Der Reichskanzler schließt: „Unsere Neutralität und Selbständigkeit wollen wir wahren zur Sicherung unseres Besitzstandes in China und unseres Eigenthums und unseres Handels. Wir wollen durch eine gerechte und versöhnliche Politik das Einvernehmen der Mächte fördern und die Gegensätze mildern und zur Unterstützung dieser Politik erbitten wir die Zustimmung des hohen Hauses. (Lebhafter Beifall.)

Darnach ergriff Abg. **Richter** (freis. Volksp.) das Wort.

Politische Tagesschau.

Danzig, 15. März.

Das Volksschuldotationsgesetz.

Wenn Minister Erwägungen oder die Sammlung von statistischem Material, das als Grundlage für gesetzgeberische Vorarbeiten dienen soll, in Aussicht stellen, ist bis zur Vorlage eines diesbezüglichen Gesetzentwurfs in der Regel noch ein sehr weiter Weg. Auf Grund der Erklärungen, die der Herr Cultusminister Dr. Studt in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. März v. Js. bei Berathung des Antrages Baensch-Schmidtlein abgab, glaubte man jedoch allseitig die Vorlage eines Schuldotationsgesetzes wenigstens für die nächste Session erwarten zu dürfen. Diese Erwartungen haben sich, wie wir schon vor einigen Wochen mittheilen konnten, nicht erfüllt. Die von der Regierung damals in Aussicht gestellte Gesammtübersicht der Aufwendungen der Gemeinden für öffentliche Zwecke, die als Grundlage für die Ausarbeitung der Vorlage dienen sollten, ist zwar, wie der Minister gestern im Abgeordnetenhause mittheilte, nahezu abgeschlossen, die Regierung sei jedoch noch nicht in der Lage, auf Grund dieses die großen Schwierigkeiten erst in ihrem vollen Umfange enthüllenden Materials schon jetzt an die Ausarbeitung einer Vorlage herangehen zu können. Ueber den Zeitpunkt, wann nun ehestens die Vorlage eines Dotationsgesetzes zu erwarten ist, glitt der Minister vorsichtig hinweg, so daß die endliche, doch so dringliche Regelung dieser Materie wieder ins Ungewisse hinausgeschoben ist. Dabei ist noch in Berücksichtigung zu ziehen, daß das, was der Minister gestern über die großen entgegenstehenden Schwierigkeiten sagte, für eine baldige und befriedigende Regelung der ganzen Frage nicht gerade besonders verheißungsvoll klang. Die Belastung der Gemeinden, führte der Minister aus, sei zum Theil eine außerordentlich hohe, so daß auch auf anderen Gebieten als dem der Vertheilung der Schullasten ein Ausgleich gesucht werden müsse. Hierzu komme, daß auch das in der Ausarbeitung begriffene Provinzialdotationsgesetz auf die Gestaltung der Finanzen der Gemeinden nicht ohne Einfluß bleiben würde. Der Minister hofft zwar, daß diese Schwierigkeiten nicht unüberwindlich sein werden, da aber an der Regelung dieser Materie außer der Unterrichtsverwaltung auch drei andere Ministerien betheiligt seien, so sei Voraussetzung für die Ausarbeitung einer Vorlage eine Uebereinstimmung zwischen diesen Ressorts in allen grundlegenden Fragen.

Ob erhebliche Differenzen zwischen den Ressorts schon jetzt bestehen oder zu erwarten sind, war aus den Ausführungen des Ministers nicht zu entnehmen; hoffentlich gelingt es indeß, die eventuell sich einstellenden Meinungsverschiedenheiten recht bald auszugleichen. Bedauerlich ist nur, daß in Folge des Mangels an Initiative seitens der Unterrichtsverwaltung der Abschluß der ganzen Frage wieder verzögert wird.

Die Lage des Arbeitsmarktes

bleibt unverändert trübe. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängten sich im Februar um je 100 offene Stellen 146,8 Arbeitsuchende (gegen 113,1 im vorigen Februar. Während im Februar v. Js. in den Krankenkassen die Zahl der Beschäftigten noch um 0,5 Proc. zunahm, ist sie diesmal um 1,3 Proc. zurückgegangen. Im Mittelpunkte der kritischen Erscheinungen steht nach wie vor die Lage der Metall- und Maschinenindustrie, in der die Spannung zwischen niedergehenden Preisen für Fertigwaaren und hochgehaltenen Preisen für Rohstoffe immer mehr beängstigende Wirkungen hervorruft. Schon wenden sich in einzelnen Fällen die Rückschläge gegen die Rohstoff-Producenten selbst. Die Einschränkung der Production auf den Hüttenwerken des luxemburgisch-lothringischen Bezirkes deutet auf den Umschwung selbst in der Roheisen-Industrie. Dazu kommen die Betriebseinschränkungen der süddeutschen Baumwollspinner, die Stockung im Baugewerbe, die handelspolitischen Verstimmungen gegenüber Rußland u. a. m. Die Befürchtung, daß die Belebung des Geschäfts im Frühjahr ausbleiben wird, wächst nach dem Urtheil der genannten Zeitschrift um so stärker, je länger die Rohstoff-Syndikate in der Eisenindustrie sich weigern, die Preise herabzusetzen.

Der Kampf um die englische Heeresreform.

London, 15. März. Bei der gestrigen Berathung des Kriegsbudgets im Unterhause protestirte der Liberale Harcourt gegen den Versuch, England in eine militärische Nation zu verwandeln und fragte, ob England im Begriff stehe, mit den großen militärischen Staaten Europas zu concurriren. Der Minister Balfour entgegnete, das Anwachsen des Kriegsbudgets sei der Verantwortlichkeit zuzuschreiben, die England auferlegt sei. Er zieht Harcourts Idee ins Lächerliche, daß England neue oder geheime Verpflichtungen eingegangen sei. England sei aber ein großes Reich und habe viele Colonien zu vertheidigen, es gebe aber auch Verträge, die nicht von der gegenwärtigen Regierung eingegangen worden seien und dennoch bindend seien. Niemand könne wissen, wann England aufgefordert werden könnte, jene Verträge zu erfüllen. Balfour schloß, der Kriegsminister Brodrick werde als derjenige bezeichnet werden, der das Heer für alle möglichen Zwecke tüchtig gemacht habe; indem er dies vollbracht habe, habe er mehr gethan, als durch geschickte Diplomatie gethan werden könne. Er habe jenen Frieden gesichert, dessen wir nie sicher sein können, wenn wir nicht Achtung vor den Mächten besitzen, die unsere Freunde, in mancher Hinsicht unsere Rivalen sind, und die unsere Feinde werden können. (Beifall.)

Bei der Weiterberathung sprach sich der Liberale Campbell Bannerman wegen der Vorschläge des Kriegsministers Brodrick aus. Die für die Vermehrung des Heeres angeführten Gründe seien nicht genügend, die Aushebung könne dem Volke nicht aufgezwungen werden, weil sie auf Englands Verhältnisse nicht anzuwenden sei. Wenn die Regierung nicht die genügende Anzahl von Rekruten erlangen könne, so dürfe sie sich auch nicht einbilden, in der allgemeinen Dienstpflicht eine zuverlässige Hilfsquelle zu haben.

Aus Südafrika

liegt auch heute vom Kriegsschauplatze nichts vor. Die Depeschencensur wird, wie es scheint, wieder strenger gehandhabt. Auch hat nach einer Brüsseler Meldung die englische Regierung die Uebermittlung der Telegramme verboten, welche Präsident Krüger nach Südafrika zu schicken wünschte. Als angebliche **Friedensbedingungen** Englands werden jetzt die folgenden aufgeführt: Erstens allgemeine Amnestie, einschließlich Dewets und Steijns; zweitens: die Cap-Rebellen sollen durch Verlust des Wahlrechts bestraft werden, drittens: Darlehen an die Burghers zur Wiederherstellung ihrer Ackergüter; viertens: Einsetzung einer Civilregierung unter Milner mit Boerenführern als Beirath.

In einer gestern in London abgehaltenen Versammlung des „Frauen-Auswanderungs-Vereins“ hielt der englische Colonialminister **Chamberlain** eine Rede, in welcher er der Erwartung Ausdruck gab, daß der **Krieg bald beendet** sein werde. Es werde dann wahrscheinlich dort Handel und Industrie sich in einer Weise entwickeln, wie man es bisher nicht gekannt habe, und England werde Zehntausende seiner besten Männer dorthin senden, die ständige Bewohner des Landes werden sollten. Dann werde es auch nothwendig werden, passende Gefährtinnen der Männer dorthin zu senden, das sei in politischer und socialer Beziehung von Wichtigkeit. Chamberlain beantragte schließlich, einen besonderen Fonds zu Gunsten der Auswanderung geeigneter Frauen nach Südafrika zu gründen.

Mittlerweile wird die **Pestgefahr** immer größer, wie nachstehende heut eintreffende Drahtmeldung besagt:

Capstadt, 15. März. (Tel.) Die Pest breitet sich in ernster Weise aus. Die Behörden schlugen vor, die Truppen in den Kasernen und Lagern zu consigniren. Heute sind 4 Europäer und 8 Eingeborene erkrankt. Bis jetzt sind 37 Personen an der Pest gestorben. Man beginnt eine allgemeine Impfung. Auch in Malmesburg ist die Pest ausgebrochen.

Der Stand des chinesischen Problems.

Generalfeldmarschall Graf Waldersee hat nunmehr die Reise nach Tsingtau angetreten, während die Gesandten in Peking über die Frage der Entschädigungen weiter berathen. Ein verhältnißmäßig günstiges Symptom ist es, daß Li-Hung-Tschangs Befinden wieder besser sein soll. Im übrigen bleibt nach wie vor das russisch-chinesische **Mandschurei-Uebereinkommen** im Mittelpunkt des Interesses. Heute liegen hierzu folgende Meldungen vor:

Berlin, 15. März. (Tel.) Nach einem Telegramm des Bureau Laffan aus Peking antwortete der deutsche Gesandte der Regierung von China betreffs des russisch-chinesischen Mandschurei-abkommens in ähnlicher Weise, wie es die Vertreter der übrigen Mächte gethan haben und theilte ihr mit, daß, wenn China mit Rußland eine Ausnahme machen würde, für die anderen Mächte ein Präcedenzfall geschaffen würde. Das hat die chinesische Regierung zu weiterem Protest ermuthigt.

London, 15. März. (Tel.) Ein Telegramm der „Times“ aus Schanghai von gestern besagt: Nach Meldungen aus Niutschwang habe Admiral Alexejew den Tartarengeneral Tsingtschi wieder in seine Stelle als Commandant von Mukden eingesetzt. Er werde von 4000 Mann russischer Soldaten unterstützt.

Im Unterhause fragte gestern Redmond an, ob die britische Regierung der amerikanischen Regierung irgend welche Vorschläge bezüglich des Vorgehens Rußlands in der Mandschurei gemacht habe. Der Minister Balfour erwiderte, die britische Regierung sei in beständigem Gedankenaustausch mit den betreffenden Mächten über jede Phase der chinesischen Angelegenheit, doch würde es dem öffentlichen Interesse widersprechen, jetzt auf Einzelheiten einzugehen.

Eine von zuständiger Seite inspirirte Petersburger Mittheilung der allerweltsofficiösen „Politischen Correspondenz“ versichert: Bei aller nothwenigen Rücksichtnahme auf den Schutz der russischen Eisenbahn-Interessen in der Mandschurei verliert die russische Regierung ihre Stellung als Mitglied der Gemeinsamkeit der Mächte China gegenüber nicht aus dem Auge und macht die Erfüllung der gemeinsamen Forderungen der Mächte durch China zu einer der Bedingungen für die allmähliche Räumung der Mandschurei, indem sie hierdurch im allgemeinen Interesse einen Druck auf die chinesische Regierung ausübt.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 14. März. Die **Kaiserin Friedrich** erfreut sich, wie aus Cronberg gemeldet wird, andauernd eines guten Wohlbefindens. Heute Nachmittag unternahm sie in Begleitung der Prinzessin von Schaumburg-Lippe und des Leibarztes Dr. Spielhagen eine fast zweistündige Spazierfahrt im offenen Wagen in der Umgegend von Cronberg.

h. **Berlin**, 14. März. Bekanntlich hat der **Kronprinz** unseren Kaiser bei den Feierlichkeiten in München vertreten; so lange der Kaiser krank ist, dürfte der Kronprinz überhaupt in erster Linie zur Vertretung des Kaisers herangezogen werden. In früheren Jahren hatten die Prinzen Albrecht und Friedrich Leopold häufiger die Ehre, den Kaiser zu vertreten, Prinz Heinrich weilte bekanntlich zwei Jahre in Ostasien und konnte insofern nicht in Betracht kommen; in der letzten Zeit hat auch der älteste Sohn des Prinzen Albrecht, Prinz Friedrich Heinrich mehrfach die Pflichten der Repräsentation übernommen. Unser jugendlicher Kronprinz hat sich in Potsdam durch sein leutseliges, liebenswürdiges und ungezwungenes Wesen die allgemeinsten Sympathien erworben und die Offiziere des 1. Garde-Regiments werden den frischen Oberleutnant ungern aus ihrer Mitte scheiden sehen, wenn er sich nach Bonn auf die Universität begeben wird. Seinen militärischen Dienst hat der Kronprinz musterhaft erfüllt.

— Der Finanzminister hat entschieden, daß die **Patente der Offiziere des Beurlaubtenstandes als stempelfrei** zu behandeln sind.

— Den **Reichstag** besuchten heute vier **Boerenoffiziere**, die aus der englischen Gefangenschaft entkommen sind, darunter auch ein Verwandter Dewets, der gestern in einer Volksversammlung hier gesprochen hat.

— Der Begründer der Berliner **Heilsarmee** „Oberstleutnant“ **Junker**, ein ehemaliger Fabrikdirector im Rheinland, wurde gestern unter starker Betheiligung zu Grabe getragen.

* **[Zum Anschlage auf den Kaiser.]** Wie jetzt festgestellt ist, ist ein Geselle des Bremer Geldschrankfabrikanten Burgmann derjenige, der die Lasche, mit welcher Weiland nach dem Kaiser geworfen hat, als von ihm am Abend des Kaiserbesuches verloren recognoscirte.

* **[Reichstagsferien.]** In Reichstagskreisen wird an der Ansicht festgehalten, daß die Osterferien, wie ursprünglich angenommen, am 22. oder 23. März beginnen können.

* **[Der Berliner Oberbürgermeister und die Socialdemokratie.]** In der Stadtverordnetenversammlung vom 7. d. Mts. brachte Singer Beschwerden über die anläßlich der Centenarfeier in den Schulen vertheilte Denkschrift von Dr. Jonas vor. Der Oberbürgermeister Kirschner antwortete darauf:

Bis zu einem gewissen Grade bin ich ja für die Denkschrift des Dr. Jonas mitverantwortlich. Ich habe sie zum größten Theile, aber nicht ganz gelesen. Die heute citirte Stellen hatte ich nicht gelesen, und ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ich das Wort „erpressen“ in der Allgemeinheit, wie es gebraucht ist (die Stelle heißt: „Die Arbeiter suchten höhere Löhne und geringere Arbeitszeit zu erpressen“), nicht billigen kann, und daß ich, wenn ich eine Stelle gefunden hätte, die die Socialdemokratie für die Attentate von 1878 verantwortlich machte, den Verfasser ersucht haben würde, die Stelle zu ändern. (Hört! und Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Ich freue mich, daß die socialdemokratische Partei ausdrücklich eine solche Verantwortlichkeit mit dieser Entschiedenheit abweist, und ich freue mich auch der großen Lebhaftigkeit, mit der das geschah, weil sie beweist, daß das sittliche Empfinden der Parteigenossen des Herrn Singer jene bedauerlichen Vorgänge aufs schärfste verurtheilt. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Aber die Aufregung über die Schrift im ganzen verstehe ich nicht, denn sie ist sonst durchaus objectiv.

In dieser ruhigen, objectiv gehaltenen Erklärung glaubt die „Kreuzztg.“ eine „höchst schwächliche Nachgiebigkeit gegen die Socialdemokratie“, eine „Verbeugung vor der Socialdemokratie“ erblicken zu sollen. Herr Oberbürgermeister Kirschner wird sich darüber zu trösten wissen.

* **[Die Prügelstrafe.]** Die Petitions-Commission des Reichstags beantragt wieder einmal, über die Forderung der Einführung der Prügelstrafe zur Tagesordnung überzugehen. Von Interesse ist die Erklärung, die der Regierungs-Commissar abgab:

„Soweit die Acten des Reichsjustizamts, aus denen er sich informirt habe, ersehen lassen, sei eine Ergänzung des Strafensystems des Reichsstrafgesetzbuches durch Einführung der Prügelstrafe bislang **weder vom Herrn Reichskanzler ins Auge gefaßt, noch im Schooße des Bundesraths von einer der Bundesregierungen in Anregung gebracht.**“

* **[Wider den Brotzoll.]** Protestversammlungen gegen jede Erhöhung der Kornzölle werden weiter gemeldet aus Gießen, Liegnitz, Darmstadt, Münden in Hannover. Dort wurde der welfische Abg. Götz v. Olenhusen, der in der Stichwahl mit socialdemokratischer Hilfe gewählt worden ist, an das Versprechen des welfischen Wahlcomités in Münden, daß sein Candidat gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle eintreten werde, erinnert und aufgefordert, gegen die Erhöhung der Getreidezölle zu stimmen.

* **[Von dem deutschen Expeditionscorps in China]** muß Ende September 1901 ein großer Theil der Mannschaften, deren Dienstverpflichtung zu Ende geht, abgelöst werden, falls nicht inzwischen die politischen Verhältnisse eine Zurückführung des Expeditionscorps ermöglichen. Um nun gesetzlich nicht mehr dienstpflichtige Mannschaften wie bisher zum Capituliren anzureizen und dadurch die Zahl der abzulösenden Mannschaften zu verringern, beabsichtigt, der „Magdeb. Zeitung“ zufolge, die Heeresverwaltung, die Capitulantenzulage auf 18 Mk. monatlich, das Capitulantenhandgeld auf 100 Mk. jährlich zu erhöhen. Die jetzt dem Expeditionscorps angehörigen Mannschaften sollen diese Gebührnisse am 1. Oktober d. J., die zum Herbst neu einzustellenden Mannschaften vom Tage der Einstellung ab beziehen.

Karlsbad, 15. März. Bei dem **großen Strudel** ist eine **neue** ungeheure Wassermengen auswerfende **Quelle** erschlossen worden, ohne daß die alte Quelle dadurch berührt ist. Der alte Strudel ist sogar stärker als vorher.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung des **Abgeordnetenhauses** erhob Berger (Alldeutsch) heftigen Einspruch dagegen, daß ein Theil des österreichischen Clerus die Kanzel zu politischen Zwecken mißbrauche, und wies auf in den letzten Tagen gehaltene Predigten hin, in deren einer die Alldeutschen als Stalldeutsche bezeichnet worden sind. Das Haus setzte darauf die erste Lesung der Investitionsvorlage fort.

Frankreich.

Marseille, 14. März. Auf den Quais patrouillirten heute zahlreiche Abtheilungen von Gensdarmerie und Cavallerie und trieben die dort sich ansammelnden **Ausständigen** auseinander. In der letzten Nacht kam es zwischen ausständigen und weiter arbeitenden Leuten zu einer Schlägerei, die jedoch keinen bemerkenswerthen Umfang annahm.

Montceau-les-mines, 14. März. Die Ausständigen beschlossen heute, nachdem sie über die neuen Vorschläge der Grubenbesitzer berathen hatten, den **Ausstand fortzusetzen.**

Italien.

Rom, 14. März. Aus Anlaß der Wiederkehr des **Geburtstages König Humberts** wohnten der König und die Königin der Messe im Pantheon bei. Zahlreiche Kränze wurden am Sarge des Königs niedergelegt. In der Deputirtenkammer hielten, während alle Deputirten sich erhoben hatten, der Präsident und der Marineminister Gedächtnißreden auf König Humbert. — Auch aus den Provinzen laufen Nachrichten über Kundgebungen zu Ehren des verstorbenen Königs ein.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 15. März.

Wetteraussichten für Sonnabend, 16. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Kälter, Nachtfröste. Wolkig, später heiter. Niederschläge. Windig. Sturmwarnung.

Sonntag, 17. März. Meist bedeckt, feucht, Niederschläge. Kalt. Starke Winde.

Montag, 18. März. Wenig verändert, kalt, frostig.

Dienstag 19. März. Theils heiter bei Wolkenzug. Strichweise Niederschläge. Nachtfröste.

* **[Von der Weichsel.]** In der Weichsel von der russischen Grenze bis zur See ist der eigentliche **Eisgang vorüber**, es findet daselbst nur noch geringes Eistreiben statt. Das Gleiche ist der Fall in der Nogat von ihrer Abzweigung aus der Weichsel bis nach Windaw (Kilom. 205). Aus Heisterbusch und Wolfsdorf (Kilom. 208 bis 212) wird gemeldet: In halber Strombreite, stromabwärts schiebt sich das Eis zusammen, bei **Zeyer** (Kilom. 217 bis 220) soeben **Eisaufbruch.** Weiter unterhalb steht das Eis noch; doch finden sich vielfach offene Stellen darin. Der Marienburger Ueberfall zieht 10 Centim., der Neureihrsche Ueberfall 40 Centim. Wasser. Der Rodenacker Ueberfall zieht kein Wasser.

Heutige Wasserstände: Thorn 2,84 (gestern 3,16), Fordon 2,88, Culm 2,90, Graudenz 3,38, Kurzebrack 4,02, Pieckel 3,84, Dirschau 4,12, Einlage 2,90, Schiewenhorst 2,50, Marienburg 3,08, Wolfsdorf 3,80 Meter.

Aus **Marienburg** meldet uns heute ein Privat-Telegramm: Auf der **Nogat** mäßiges Eistreiben bei offenem Wasser. Wasserstand 3,10 Meter, Strömung mäßig.

Bei **Kurzebrack-Marienwerder** hat der Traject über die Weichsel für Personen und Fuhrwerke bei Tage bereits wiederhergestellt werden können; auch die Abendpost wird befördert.

Aus **Thorn** telegraphirt man uns: Die Weichsel ist auf 2,81 Meter gefallen; heute treibt erheblich mehr Eis, wahrscheinlich von einer in Gang gekommenen Eisversetzung in Polen herstammend. Die Wiederaufnahme des Dampfertrajects hat daher noch nicht erfolgen können.

Aus **Warschau** wird telegraphisch gemeldet: Heute bei **Zawichost** 2,43 Meter Wasserstand.

* **[Arbeiter-Wohlfahrtswesen.]** Capitänleutnant Simon soll vom April ab bei der hiesigen kaiserl. Werft die neuerrichtete selbstständige Hauptstelle des Werftarbeiter-Wohlfahrtswesens leiten.

* **[Parteitag.]** In diesem Monat sollte hier ein Parteitag der freisinnigen Volkspartei für Westpreußen stattfinden. Derselbe ist jedoch bis zum Herbst verschoben worden.

* **[Betriebseröffnung.]** Am 1. April d. J. wird von der im Bau befindlichen Nebenbahnlinie Berent-Bütow die weitere Theilstrecke **Lippusch-Bernsdorf** mit den Haltestellen Sonnenwalde und Bernsdorf für den öffentlichen Verkehr eröffnet werden, und zwar dienen die genannten Stationen vorläufig nur dem Wagenladungsgüter- und Viehverkehr.

* **[Herr General v. Mackensen]**, der Vorsitzende des westpreußischen Reitervereins, ist, um der morgen hier tagenden Vorstandssitzung und General-Versammlung dieses Vereins zu präsidiren, heute Vormittag in Danzig eingetroffen und hat im „Danziger Hof" Wohnung genommen.

* **[Westpreußische Landwirthschaftskammer.]** Am Freitag, den 29. März, wird der **Vorstand** der Landwirthschaftskammer für die Provinz Westpreußen unter Vorsitz des Herrn Kammerherrn v. Oldenburg-Januschau in Danzig seine 21. Sitzung abhalten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Gegenstände zur **Berathung**: Vorlagen des Landwirthschaftsministers betreffend Erhebung des Verkaufswerthes und des Lebendgewichtes der Hauptviehgattungen etc., Zinsberechnung bei Amortisations-Hypotheken der Sparkassen und Lehrkurse für Landwirthschaftslehrer an der geologischen Landesanstalt in Berlin. Vorlagen der königl. Eisenbahndirektion in Danzig betreffend Beförderung von Zucht- und Zugvieh in Wagenladungen, der königl. Eisenbahndirection in Bromberg betreffend Herstellung eines Ausnahmetarifs für einheimischen Rohflachs. Antrag des landwirthschaftlichen Vereins Thorn betreffend Kleieverkauf des Thorner Proviantamts. Antrag der landwirthschaftlichen Vereine des Kreises Rosenberg auf Bewilligung einer Beihilfe zur Abhaltung einer Fohlenschau in Rosenberg. Antrag des landwirthschaftlichen Vereins Pr. Stargard betreffend Verbesserung des Zuchtstutenmaterials in der Provinz. Antrag des landwirthschaftlichen Vereins Jablonowo betreffend Handelsverträge. Vorlagen der Pferdezuchtsection.

Vorher findet eine Sitzung des **Ausschusses für Volkswirthschaft** mit folgender Tagesordnung statt, in welcher u. a. über Maßregeln zur Linderung der Arbeiternoth und Gründung einer Lebensversicherungs-Anstalt für Landwirthe verhandelt werden soll.

Die **Frühjahrs-Plenarversammlung** der Landwirthschaftskammer wird am Sonnabend, den 30. März, im großen Saale des Landeshauses in Danzig abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände: Wahl eines Vorstandsmitgliedes. Ueber Sorten-Anbauversuche und Saatzüchtung (Referent Professor Dr. Gisevius-Königsberg). Neuere Ansichten über Bodenbearbeitung und Düngung (Referent Professor Dr. v. Rümker-Breslau). Beschlußfassung über Anträge des Ausschusses für Volkswirthschaft.

Nach der Sitzung findet gemeinsames Essen im Schützenhause statt.

Voraussichtlich wird auch noch am Donnerstag, den 28. März, eine Sitzung der Pferdezuchtsection und eine General-Versammlung der westpreußischen Stutbuch-Gesellschaft abgehalten werden.

* **[Als Frühlingsboten]** haben nunmehr **Lerchen** und **Staare** in größeren Mengen in unserer Umgebung Einzug gehalten. Auch der Schmetterling flattert bereits hie und da.

* **[Schülerbesuch.]** Die Schüler der Landwirthschaftsschule in Zoppot statteten heute Vormittag Danzig einen Besuch ab und nahmen unter Führung ihrer Lehrer einige industrielle Fabrikanlagen und städtische Etablissements in Augenschein.

* **[Verkauf von Zuschlagkarten durch die Zugführer der Schnellzüge.]** Vom 1. April d. J. ab werden auch die Zugführer der zwischen Danzig und Berlin verkehrenden Schnellzüge 13 und 14 mit Zuschlagkarten vierter Klasse ausgerüstet, wodurch es den auf einer Uebergangsstation mit einem Personenzuge ankommenden Reisenden, welche den anschließenden Schnellzug zur Weiterfahrt zu benutzen wünschen, sowie denjenigen Reisenden, welche auf einer Unterwegn, station in eine höhere Wagenklasse umsteigen wolleen ermöglicht werden soll, sich für den höher tarifirten Zug oder für die höhere Wagenklasse die erforderlichen Karten bei dem betreffenden Zugführer zu lösen.

* **[Frauen-Versammlung.]** Gestern fand in der Aula des städtischen Gymnasiums die zweite **Versammlung hiesiger gemeinnütziger und Frauen-Vereine** statt, in welcher 29 Vereine durch Delegirte vertreten waren. Nachdem Frl. Stelter über die Anstellung **städtischer Waisenpflegerinnen** berichtet hatte, welche zum Herbst d. Js. erfolgen soll, entspann sich eine längere Debatte darüber, ob die Waisenpflegerinnen verpflichtet sein würden, die Aufsicht über eine größere Anzahl von Mündeln zu übernehmen, als es ihrem eigenen Wunsch entsprechen würde, falls nicht genügend Pflegerinnen sich zur Verfügung stellen würden. Durch eine enge Verbindung der städtischen Armen- und Waisenpflege wird es aber wohl möglich sein, die Belastung des Einzelnen nicht zu groß werden zu lassen; auch steht zu hoffen, daß sich bis zum Herbst noch eine größere Anzahl von Waisenpflegern und Waisenpflegerinnen melden werden. — Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf den Zusammenschluß der Vereine zu einem **Verband für Jugendfürsorge**, über welchen Frau Lina Franke berichtete, dessen Nothwendigkeit von fast allen Anwesenden anerkannt wurde. Der Verband soll im engen Anschluß an die städtische Armen- und Waisenpflege und als Ergänzung derselben durch die Vereins- und freie Liebesthätigkeit arbeiten. Der Zweck desselben ist: 1. Nachhaltige und vertiefte Fürsorge für Waisen und andere hilfsbedürftige Kinder über den Rahmen der städtischen Waisenpflege hinaus. 2. Verbreitung gesunder Grundsätze über Waisenpflege, Gesundheitspflege und Säuglingspflege. 3. Ermittelung geeigneter Pflegestellen in Stadt und Land. 4. Fürsorge für schul- und anstaltsentlassene Waisen, Unterbringung in Lehrstellen und weitere Beaufsichtigung derselben. 5. Ausfüllung etwaiger Lücken auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. Diese gemeinsame Arbeit vollzieht sich **unbeschadet der Selbstständigkeit der betheiligten Kräfte und Vereine**, deren Grundsätze vollständig unangetastet bleiben. Da ein fester Beschluß über den Eintritt in den Verband erst erfolgen kann, nachdem die Vereinsvorstände sich darüber schlüssig gemacht haben, so mußte derselbe noch vertagt werden und es soll die Aufforderung zum Beitritt demnächst auch an weitere Kreise ergehen, damit der Danziger „Verband für Jugendfürsorge" sich zu einem segenbringenden Gliede in der Kette der Wohlfahrtseinrichtungen entwickeln könne und die großen Aufgaben, welche die neuere Gesetzgebung durch die Umgestaltung der Waisenpflege und Einführung der Fürsorgeerziehung der socialen Hilfsthätigkeit stellt, in unserem Ort wirksam ausgestaltet werden können.

f. **[Gewerbe-Verein.]** In der gestrigen Versammlung hielt Herr Ingenieur Lübbecke den im vorigen Monat wegen zu schwachen Besuches einer Sitzung vertagten Vortrag über **„Kleinbahnen und ihre volkswirthschaftliche Bedeutung"**. Nach den Ausführungen des Vortragenden bestehen in Preußen 7652 Kilom. Kleinbahnen, davon 285 Kilom. im Regierungsbezirk Danzig. Die größte Ausdehnung hat das Kleinbahnwesen in der Provinz Pommern mit ca. 1200 Kilom. und in der Rheinprovinz mit ca. 1000 Kilom.; die Provinz Ostpreußen hat ca. 400 Kilom. Kleinbahnen. Die Provinz Westpreußen ist im Kleinbahnwesen noch sehr weit zurück, jedoch dürfte auch hier in ungefähr fünf Jahren eine entsprechende Kilometerzahl erreicht sein. Für die heutigen Verhältnisse sind Kleinbahnen eine Nothwendigkeit und es wissen dies auch bereits Industrie und Landwirthschaft zu schätzen. Bei der Wahl der Spurweite spielt besonders die Rentabilität eine hervorragende Rolle. Eingehend erläuterte der Vortragende das schmalspurige (75 Ctm. Spurweite) Kleinbahnwesen, welches gegenüber den normalspurigen Secundärbahnen viele Vortheile aufweise. Die Baukosten seien bedeutend geringer als bei jenen, da bestehende Wege benutzt werden können, das Betriebsmaterial ein leichteres, der Verwaltungsapparat ein einfacherer. Wenn auch bei Uebergang von Gütern auf normalspurige Strecken Umladung erfolgen müsse, sei dieser Umstand nicht so erschwerend, wie es gewöhnlich von den Gegnern dargestellt werde; es sei erwiesen, daß hierbei weniger verloren gehe und die Güter mehr geschont würden als beim Ueberladen von Lastfuhrwerken. Auch kämen Massengüter nicht in Frage, da diese Bahnen hauptsächlich dem Lokalverkehr zu dienen haben; im anderen Falle wäre die Anlage eine verfehlte. Die schmalspurigen Bahnen sind am besten geeignet, Gegenden, welche abseits der großen Verkehrswege liegen, für den Verkehr zu erschließen. — Nach Beendigung des sehr beifällig aufgenommenen Vortrages wurden noch einige selbstthätige Fensterfeststeller des Herrn Ingenieur B. Adler vorgezeigt, welche das praktischste des bisher auf diesem Gebiet Geleisteten sein sollen.

x. **[Weitere Protestversammlung in betreff des Eisenbahn-Tunnels in Langfuhr.]** Gestern Abend hatten sich im Lokale des Herrn Borchert in Langfuhr die betheiligten Grund- und Hausbesitzer zu einer Besprechung eingefunden. Es wurde der Beschluß gefaßt, der Eingabe des Wohnungsvereins für Danzig und Umgegend (E. G. m. b. H.) an den Danziger Magistrat betreffs der besseren Ausgestaltung und Verbreiterung des fraglichen Tunnels zuzustimmen. Zu den hierdurch entstehenden Kosten soll jeder Grund- und Hausbesitzer einen Mindestbetrag von 20 Mk. und einen Höchstbetrag von 50 Mk. für jedes Grundstück zahlen unter der Voraussetzung, daß sich auch die übrigen Interessenten, insbesondere die Stadtgemeinde, die Actienbrauerei und die sonst interessirten Grund- und Hausbesitzer entsprechend betheiligen. Die betreffende Erklärung wurde sofort für 24 Grundstücke abgegeben. Ein aus dem Vertreter des hiesigen Wohnungsvereins, dem neuen Pächter des Kleinhammer-Parkes und zwei Hausbesitzern bestehender Ausschuß soll mit den übrigen Besitzern und mit dem Danziger Magistrat ins Benehmen treten und in dieser Angelegenheit weiter verhandeln. Es kam ferner noch zur Sprache, daß dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten von dem Verein der Grund- und Hausbesitzer in Langfuhr heute die Bitte unterbreitet werden würde, die Wiedereröffnung und Freigabe des Tunnels durch die königliche Eisenbahndirection in Danzig schleunigst herbeizuführen. Ebenso würde dem Herrn Regierungs-Präsidenten heute von dem Vorsitzenden des Bürgervereins die Bitte vorgetragen werden, schon mit Rücksicht auf die elende Beschaffenheit des sogenannten „Schwarzen Weges" die Sperrung des Tunnels aufheben zu lassen.

* **[Zur Bekämpfung der Lungentuberculose.]** In Folge einer kürzlich ergangenen Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Danzig sind die Dienstwohnungen der Staatsbeamten, wenn sie von Familien bewohnt werden, in denen Fälle von Lungentuberculose vorgekommen sind, vor dem Einziehen neuer Bewohner vorschriftsmäßig zu desinficiren. Hiervon hat der Herr Polizeipräsident in Danzig den hiesigen königlichen Behörden mit dem Hinweise Kenntniß gegeben, daß diese Desinfection zweckmäßig durch die städtische Desinfectionscolonne in der Töpfergasse (Arbeitshaus) erfolgen würde. Ueber etwa vorgekommene Fälle von Lungentuberculose ersucht der Herr Polizeipräsident ihm Mittheilung zu machen.

* **[Anerkennung von Zuchtviehbescheinigungen.]** Im Bezirke der königlichen Eisenbahndirection zu Danzig sind die Landwirthschaftskammer für die Provinz Westpreußen in Danzig, sowie sämmtliche landwirthschaftlichen Vereine, beamteten Thierärzte, königliche Landrathsämter und Gemeindebehörden zur Ausstellung von Bescheinigungen darüber befugt, daß die zur Beförderung mit der Eisenbahn gelangenden Thiere wirklich Zuchtvieh sind.

§ **[Messerstecherei.]** Zwischen dem Stauer Adolph Potratzki aus Zigankenbergerfeld und den Arbeitern Gebrüder Martin und Gustav Wendt entwickelte sich gestern Nachmittag in Neufahrwasser bei der Arbeit ein Streit. Nach Verrichtung der Arbeit begab sich Potratzki allein auf den Heimweg, wurde hier aber am Schellmühler Wege von seinen Gegnern erwartet und mit Messern derartig bearbeitet, daß er besinnungslos liegen blieb. Mit sechs Messerschnitten im Gesicht, von denen einer das rechte Ohr fast abgetrennt hat, wurde der Verletzte nach Danzig in das chirurgische Stadtlazareth gebracht. Die Thäter sollen noch gestern Abend verhaftet worden sein.

♀ **[Schöffengericht.]** Wegen einer ganzen Anzahl von Diebstählen hatten sich gestern der Schüler Hermann Weigle, erst 12 Jahre alt, der Schüler Hermann Stobbe, 13 Jahre alt, der Arbeitsbursche Robert Karschewski, 15 Jahre alt, aber wegen Diebstahls bereits vorbestraft, und wegen fortgesetzter Hehlerei die Arbeiterfrau Wilhelmine Pichowski, 20 Jahre alt, sämmtlich von hier, zu verantworten. Es handelte sich um eine Reihe von Diebstählen an Lebensmitteln und anderen Waaren in hiesigen Läden. Die Diebstahls-Objecte wurden der Angeklagten Pichowski überbracht, welche sie in ihrem Haushalte verwerthete. Die Angeklagten waren größtentheils geständig und es wurde durch die Beweisaufnahme insbesondere festgestellt, daß Stobbe in allen Fällen in die verschiedenen Läden eintrat, blitzschnell die gestohlenen Sachen vom Ladentische wegnahm und alsdann mit seinen vor der Thüre harrenden Genossen das Weite suchte. Während gegen Karschewski wegen mangelnden Strafantrages auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden mußte, wurde Weigle mit 2 Wochen Gefängniß und 1 Woche Haft, Stobbe mit 5 Wochen Gefängniß und 1 Woche Haft und Frau Pichowski mit 1 Monat Gefängniß bestraft. — Der erst 16 Jahre alte, bisher unbestrafte Arbeiter Paul Zibulowski aus Sandweg hatte sich wegen **fahrlässiger Körperverletzung** und **Mitsichführens eines Revolvers** ohne Erlaubnißschein, zu verantworten. Er ist geständig, am 21. Dezember zu Bürgerwiesen den Arbeiter Paul Erdmann daselbst dadurch körperlich verletzt zu haben, daß er ihm eine Revolverkugel in den Oberschenkelknochen schoß, und zwar aus Unvorsichtigkeit bei Handhabung der verbotenen Waffe. Erdmann mußte in Folge der Verletzung 14 Tage lang im Lazareth liegen und hat die Kugel, welche nicht entfernt werden konnte, noch heute in seinem Körper. Das Urtheil lautet auf 2 Wochen Gefängniß und 1 Woche Haft.

* **[Verhaftungen.]** Der Arbeiter August Weber überfiel in Gemeinschaft mit dem Arbeiter Paul Rohde in der Häkergasse den Schneider Klatt; beide warfen letzteren zu Boden und brachten ihm durch Schläge mit den Stiefelabsätzen mehrere Verwundungen am Kopfe bei, weshalb ihre Verhaftung erfolgte. Ferner wurde der Arbeiter Eduard Oelrich verhaftet, weil er in der Milchkannengasse die Passanten in gröblichster Weise belästigte. — In einem Lokal auf dem 2. Damm hatte der Arbeiter Emil Brauer eine Zeche gemacht, die er nicht bezahlen konnte, weshalb er nach dem Revierpolizeibureau zur Feststellurg seines Namens gebracht wurde. Als dies geschehen war, ging er nach dem erwähnten Lokal zurück, lauerte dem Wirth auf und mißhandelte denselben, weshalb nunmehr seine Verhaftung wegen Körperverletzung erfolgte.

* **[Unglücksfall.]** Am 13. November v. Js. wurde der schon in hohen Jahren befindliche Astronom der hiesigen Naturforschenden Gesellschaft Herr Dr. Ernst Kayser bei einem Spaziergange in der Nähe von Neugarten von einem Wagen eines Hochzeitszuges überfahren und leider schwer verletzt. An diesen Verletzungen hat Herr Dr. Kayser vier Monate lang im hiesigen chirurgischen Stadtlazareth, wohin er sich gleich nach der Katastrophe hatte bringen lassen, behandelt werden müssen. Erst heute Nachmittag konnte er die Heilanstalt verlassen und sich per Droschke in seine Wohnung begeben.

* **[Vacanzenliste für Militär-Anwärter.]** Vom 1. April bei der Oberpostdirection in Cöslin Postschaffner, 900 Mk. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungszuschuß. Gehalt steigt bis 1500 Mk. — Vom 1. Juni bei der Oberpostdirection in Danzig 2 Postschaffner, je 900 Mk. Gehalt, das bis 1500 Mk. steigt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. — Vom 22. Mai bezw. 1. Juni bei der Oberpostdirection Danzig 2 Landbriefträger, je 700 Mk. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß, Gehalt steigt bis 1000 Mk. — Von spätestens 1. Juli beim Magistrat Kulm Rathhaus-Kastellan, Gefangenenwärter, Magistratsbote und Hilfs-Polizeisergeant, 900 Mk. Gehalt, freie Wohnung, Beleuchtung und Beheizung. Gehalt steigt alle Jahre um 50 Mk. bis 1200 Mk. — Vom 1. April beim Kreis-Ausschuß in Kulm, Chaussee-Aufseher, 1000 Mk. Gehalt und tarifmäßiger Wohnungsgeldzuschuß. Gehalt steigt nach 5 Jahren auf 1120 Mk., nach 10 Jahren auf 1240 Mk., nach 15 Jahren auf 1360 Mk. und nach 20 Jahren auf 1500 Mk. — Vom 15. April bis 1. Mai bei der Königsberg-Cranzer Eisenbahn-Direction 2 Stations- bezw. Bureau-Aspiranten, 1080 bezw. 1090 Mk. Gehalt und freie Dienstwohnung. Gehalt kann bis 1800 Mk. steigen. — Vom 1. April beim Kreisausschuß in Ortelsburg Gegenbuchführer an der Kreissparkasse, 1500 Mk. Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß. Gehalt steigt bis 2500 Mk. — (Sämmtliche Stellen sind nur den mit Civilversorgungsscheinen versehenen Personen zugänglich.)

[Polizeibericht für den 15. März 1901.] Verhaftet: 16 Personen, darunter 3 Personen wegen Körperverletzung, 1 Person wegen Mißhandlung, 1 Person wegen Einbruchs, 1 Person wegen Unfugs, 2 Bettler, 1 Betrunkener, 5 Obdachlose. — Obdachlos: 2. — Gefunden: 1 Eisenbahn-Monatskarte für Marie Labudda, ein Paar weiße Lederhandschuhe, gez. P. Petter, 4, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction; 1 Wagenradreifen, abzuholen vom Schutzmann Herrn Tuschinski, Stadtgebiet 94/95; am 8. Februar cr. 1 Damenregenschirm, abzuholen von Herrn Ober-Postassistenten Schwarz, Meldezimmer der Ober-Postdirection. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau der königl. Polizei-Direction zu melden. — Verloren: 1 goldene Damen-Remontoiruhr mit kurzer goldener Kette, am 5. Februar cr. 1 gelbes Portemonnaie mit ca. 5 Mk., abzugeben im Fundbureau der königl. Polizei-Direction.

24. westpr. Provinzial-Landtag.

Danzig, 14. März.

Im Schlußtheil der heutigen Sitzung wurde zunächst über die Rechnungs-Vorlagen verhandelt. Der langjährige Vorsitzende der Rechnungsrevisions-Commission, Abg. Müller-Dt. Krone erstattete namens der Commission Bericht und empfahl die Entlastung der vorgelegten Jahresrechnungen und Genehmigung der beim Hauptetat vorhandenen Etatsüberschreitungen im Gesammtbetrage von 74 616 Mk. Die Entlastung wurde ausgesprochen.

Abg. Stadtrath Kosmack-Danzig erstattet den Bericht der Wahlprüfungs-Commission über die im Laufe des Jahres vollzogenen Ersatzwahlen für den Provinzial-Landtag, die für giltig erklärt wurden.

Als letzter Punkt stand der Commissionsbericht über die **Petitionen** um Einführung **der Entschädigungspflicht für an Milzbrand** (Rauschbrand) **gefallene Pferde- und Rindviehstücke** in Verbindung mit der Uebersicht über das Auftreten des Milzbrandes (Rauschbrandes) in der Provinz Westpreußen im Kalenderjahre 1900 auf der Tagesordnung. Das Referat erstattete der Abgeordnete Rohrbeck.

Die Angelegenheit ist seit 1890 fast alljährlich Gegenstand der Berathungen des Provinzial-Landtages gewesen, jedesmal aber, zuletzt im vorigen Jahre, ist es zur Ablehnung der auf Einführung der **Milzbrand-Versicherung** abzielenden Anträge gekommen. Auch in diesem Jahre hat die dafür eingesetzte Commission, sowie auch die Landwirthschaftskammer die Ablehnung eines Antrages auf Einführung einer allgemeinen Viehversicherung gegen Milzbrand vorgeschlagen. Es ist wieder ein statistisches Material zusammengetragen worden, das aber nach Ausführung des Referenten nicht vollständig ist, weil erfahrungsgemäß in den meisten Fällen der Milzbrand nicht festgestellt oder nicht zur Anzeige gekommen ist. Wenn er (Referent) auch namens der Commission deren Beschluß zu vertreten habe, so wolle er doch seine persönliche Ansicht dahin aussprechen, daß er eine wirksame Bekämpfung der Schäden durch eine Versicherung für erforderlich halte. Er schloß, der Landtag möge der **Landwirthschaftskammer beweisen, daß er landwirthschaftliche Fragen besser zu beurtheilen verstehe**, als die Landwirthschaftskammer.

Abg. Sieg wies auf die empfindlichen Schädigungen einzelner Kreise hin; wo keine Fälle von Milzbrand zur Anzeige gekommen sind, sei seiner Meinung nach deswegen die Seuche nicht ausgeblieben. Die Gegengründe, die seit Jahren gegen die Versicherung laut geworden sind, seien nicht um einen einzigen vermehrt worden. Alle diese sprächen jedoch gerade für eine Versicherung. Es sei nicht nachgewiesen, daß die Seuche nicht stationär sei. Nach dem Gesetz sei die Milzbrandseuche sehr gefährlich (Heiterkeit), in der Praxis aber nicht. (Heiterkeit.) Seitens des Reichsgesundheitsamtes sei ihre Gefährlichkeit in sanitärer Hinsicht bewiesen. Gerade die Städte hätten ein Interesse daran, daß die Seuche aus der Welt geschafft werde. Würden Entschädigungen gezahlt, so würden die Fälle zur Anzeige kommen und es dadurch möglich sein, die Krankheitsherde zu vernichten. Er hoffe, daß der 24. Provinzial-Landtag die Zustimmung zur Einrichtung der Versicherung geben werde. Wenn der Provinzial-Verwaltung dadurch mehr Arbeit erwachse, so schrecke ihn das nicht, ermuntere ihn vielmehr. Es sei ein hinreichend unterstützter Antrag auf namentliche Abstimmung von ihm gestellt worden.

Landeshauptmann Hinze entgegnet dem Redner. Eine Versicherung würde eine ungerechte Belastung derjenigen Kreise bringen, die nicht vom Milzbrand berührt werden. Uebrigens sei er höchst selten und auch dann die Diagnose schwer. Redner führt Beweise dafür an, daß die Thierärzte selbst am Königsberger Laboratorium sich über die Anzeichen des Milzbrandes noch nicht klar sind. Er bitte, den Vorschlag der Commission auf Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen.

Abg. Landrath v. Schwerin-Thorn trat mit Wärme für eine Annahme des Antrages auf Einführung der Versicherung ein, während die Abgg. Röhrig und Meyer dagegen sprachen, letzterer, weil die Versicherungsfrage eventuell dem Staat zufalle.

In namentlicher **Abstimmung** wurde sodann der **Antrag Sieg mit 32 gegen 23 Stimmen angenommen.** — Der Landeshauptmann bemerkt nunmehr, daß dem nächsten Provinzial-Landtage ein entsprechender Vorschlag gemacht werden würde.

Danzig, 15. März.

In der heutigen Schlußsitzung des Landtages theilte der Vorsitzende zunächst mit, daß vom **Kaiser** folgendes **Antwort-Telegramm** eingelaufen sei:

An den westpreußischen Provinzial-Landtag.

Danzig.

Ich spreche dem Provinzial-Landtage für den treuen Gruß und die freundlichen Segenswünsche Meinen wärmsten Dank aus und wünsche den Arbeiten des Provinzial-Landtages für das auch Mir am Herzen liegende Wohl Meiner getreuen Provinz Westpreußen einen segensreichen Erfolg.

Wilhelm I. R.

Es folgten dann die Referate der Petitionscommission über die eingelaufenen Petitionen.

Betreffs der Petition des Gutsbesitzers **Matthiae** in Miesionskowo (Kreis Strasburg) um Gewährung einer **Unterstützung zur Anschaffung von Pferden** als Ersatz für Thiere, welche an einer neuen Pferdeseuche eingegangen sind, schlägt die Commission Uebergang zur Tagesordnung vor. Dem Antragsteller sind 26 Pferde an einer neuen unbekannten Seuche eingegangen. Der Referent betont, daß dem Landtage für solche Zwecke keine Mittel zur Verfügung ständen. Die Abgg. Abramowski und Bieling beantragen gemeinsam, dem betroffenen Besitzer 1000 Mk. zur Bekämpfung der Seuche aus dem Dispositionsfonds des Provinzialausschusses zu bewilligen. Landeshauptmann Hinze betont, daß der Dispositionsfonds zu klein sei, um derartige Mittel daraus zu entnehmen. Man solle den Bittsteller an das Landwirthschaftsministerium verweisen. Der Antrag Abramowski-Bieling fand keine Mehrheit, der Commissionsantrag war damit angenommen. Ueber eine Petition des Vorstandes des Vereins **„Lehrerinnen-Feierabendhaus für Westpreußen"** um eine **Zuwendung zum Baufonds** referirt Abg. v. Schwerin-Thorn. Unter Rücksicht darauf, daß dem Verein erst im vorigen Jahre eine als einmalige Unterstützung gedachte Beihilfe von 3000 Mk. vom Provinzial-Ausschuß bewilligt worden ist, dauernd aber trotz des guten Zweckes des Vereins nicht Zuschüsse der Provinz gewährt werden könnten, beantragt die Commission Uebergang zur Tagesordnung. Abg. v. Putikamer-Plauth beleuchtet die segensreichen Bestrebungen des Vereins und stellt einen Antrag auf Gewährung einer abermaligen Zuwendung von 3000 Mark, damit das Feierabendhaus in Oliva unter Dach gebracht werden könne. — Landeshauptmann Hinze erklärt, der Dispositionsfonds sei schon derartig überlastet, daß er, falls an ihn noch mehr Anforderungen gestellt werden, für das nächste Jahr eine Erhöhung beantragen werde. Der Antrag Puttkamer sei in der vorliegenden Form übrigens unzulässig. — Der Antrag wurde darauf dahin geändert, daß die Petition dem **Provinzial-Ausschusse zur Berücksichtigung** überwiesen wird und in dieser Form erfolgte seine Annahme.

Die Petition der Stadt **Schwetz** um einen **Provinzial-Zuschuß** für die dortige **Präparanden-Anstalt** wurde nach dem durch den Berichterstatter Abgeordneten Meyer vorgetragenen Commissionsvorschlag durch **Uebergang zur Tagesordnung** erledigt.

Es folgten die Wahlen zum **Provinzial-Ausschuß**, die per Acclamation vorgenommen wurden. Als **Vorsitzender** des Provinzial-Ausschusses auf eine fernere Amtsdauer von sechs Jahren wurde Landrath, Geh. Regierungsrath Döhn-Dirschau wiedergewählt. Demselben, der in Oberitalien weilt, wurde telegraphisch von der Wiederwahl Mittheilung gemacht.

Zu stellvertretenden Mitgliedern des Provinzial-Ausschusses an Stelle der Herren Dr. Albrecht (verzogen) und Hagen-Sobbowitz (verstorben) wurden Abg. Landrath Graf Keyserlingk-Neustadt und Krieger-Waldowke gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende v. Graß-Klanin beendigt die Tagung des Landtages mit folgender Ansprache:

„M. H.! Wir schließen unsere Arbeiten mit demselben Rufe, mit dem wir sie begonnen haben. Seine Majestät unser allergnädigster König und Kaiser, er lebe hoch, hoch, hoch!"

Herr Oberpräsident Dr. v. Goßler richtete sodann an die Versammlung folgende Schlußrede:

„M. H.! Ich hatte noch vor dem Kaiserhoch dem Hause eine Mittheilung zu machen und hole das jetzt, ehe ich den Landtag formell schließe, nach. Ich habe Ihnen Mittheilung über den **Eisgang der Weichsel** zu machen. Der Eisgang ist mit Gottes Hilfe glatt und gut verlaufen. Das russische Eis ist auf der Ostsee, nur einige wenige Schollen treiben noch auf dem Strom von der Grenze bis zur Mündung. Ebenso sind die Aussichten für den Eisgang auf der **Nogat** sehr günstig. Ein großer Theil der Nogat ist bereits eisfrei. Die Nogat hat fast gar kein russisches Eis aufgenommen und ist nach unseren Erfahrungen in der Lage, ihr eigenes Eis abzuführen. So können wir dankbar genug sein, daß diese stets so ernste Sorge für die Provinz gnädig von uns abgewendet ist.

Nach trefflicher Vorbereitung haben Sie Ihre Arbeiten rasch vollendet und alle unsere Interessen concentriren sich für die Zukunft auf die Frage, wie die **Dotationsgesetzgebung** für die Provinz sich gestalten wird. Wir haben jetzt die Grundsätze festgestellt, nach denen dieses wichtige Gesetz für unsere Provinz ausgestattet werden soll. Hoffen wir, daß ein günstiger Stern über den Bemühungen unserer Abgeordneten in den Häusern des Landtages leuchten möge, daß unsere Wünsche in Erfüllung gehen und der Provinz zum Segen gereichen. Mit diesem herzlichen Wunsche erkläre ich den 24. Landtag der Provinz Westpreußen für geschlossen."

Gestern Nachmittag 5½ Uhr vereinigten sich die Mitglieder des Provinzial-Landtages zu einem gemeinsamen Mittagsmahle im „Danziger Hof". Offizielle Festlichkeiten, wie sie sonst bei der Tagung des Provinzial-Landtages üblich waren, haben diesmal mit Rücksicht auf die Trauer im Hause des Herrn Oberpräsidenten weder hier noch im Landeshause stattgefunden.

Aus den Provinzen.

□ **Dirschau**, 14. März. Morgen erfolgt die gerichtliche Eintragung der „Ostdeutschen Biscuit- und Waffelfabrik" eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Dirschau und in nächster Woche wird eine Versammlung der Genossenschaft stattfinden, in welcher über den Ankauf eines Grundstückes in Dirschau Beschluß gefaßt werden soll. Bis heute sind 83 000 Mk. gezeichnet und es wird in den nächsten Tagen diese Summe 100 000 Mk. erreichen, was zur Gründung der Fabrik mit vorläufig kleinerem Betriebe genügend sein dürfte.

Konitz, 14. März. Der Privat-Detectiv Gustav Schiller aus Berlin, welcher bezichtigt ist, während des Moritz Lewy-Prozesses sich der Zeugenbeeinflussung bezw. der versuchten Verleitung zum Meineide schuldig gemacht zu haben, wurde gestern Abend durch einen Berliner Criminalbeamten in das **hiesige Justizgefängniß eingeliefert.** Seit einer Woche befand sich Schiller bereits in Moabit in Untersuchungshaft.

Graudenz, 14. März. Sonnabend Mittag hält hier der **Bund der Landwirthe** eine Provinzial-Versammlung ab, in welcher auch der Vorsitzende des Bundes Herr v. Wangenheim-Berlin als Redner erwartet wird.

Culm, 14. März. Die hiesige **Suppenküche** war in diesem Winter vom 15. Januar bis 23. Februar geöffnet. Im ganzen wurden in den 40 Tagen 9225 Kinder — durchschnittlich pro Tag 228 Kinder — bespeist, davon größtentheils mit doppelten Portionen. Der Durchschnittskostenpreis stellte sich pro Tag auf 12,80 Mk., pro Kopf auf über 6 Pf.

Zinten, 12. März. Von einem **Eisenbahnzuge**, der in der Richtung nach Königsberg unseren Bahnhof passirte, wurde der Vorarbeiter Werzker aus Lichterfeld **überfahren und getödtet.** Er wurde bei einer scharfen Curve der Strecke vom entgegenkommenden Zuge erfaßt und ihm ein Bein und ein Theil des Hinterkopfes zertrümmert.

Königsberg, 14. März. Der ostpreußische Provinzial-Landtag hat am 25. v. Mts. beschlossen, „in dankbarer Hingebung und Anerkennung des von den preußischen Königen auf allen Gebieten des wirthschaftlichen und geistigen Lebens Geschaffenen, zum dauernden Angedenken an die

200jährige Jubiläumsfeier der Königskrönung den Betrag von **100 000 Mk. zu einer Stiftung** zu bewilligen." Auf die Meldung dieses Beschlusses durch den Vorsitzenden des Provinzial-Landtages, Herrn Grafen zu Eulenburg-Prassen, ist nachstehende kaiserliche Ordre eingegangen:

Ich habe aus Ihrer Meldung vom 25. Februar d. J. mit Freude und Befriedigung ersehen, daß der 25. Provinzial-Landtag der Pro inz Ostpreußen beschlossen hat, das Andenken an das zweihundertjährige Jubiläum der Erhebung Preußens zum Königreich durch die Begründung einer Krönungsjubiläumsstiftung mit einem Kapitalsbetrage von 100 000 Mk. zu ehren. Gern erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Verwaltung der Stiftung seitens der Provinzialverwaltung erfolgt und die Mittel der Stiftung in der vorgeschlagenen Weise zur Ausbildung von Knaben, welche aus der Fürsorgeerziehung entlassen sind, verwendet werden. Der Provinzialverwaltung will ich danach das weitere überlassen. Ich ersuche Sie, dem Provinzial-Landtage meinen königlichen Dank zum Ausdruck zu bringen.

Berlin Schloß, 11. März 1901.

(gez.) Wilhelm R.

Die **Einweihung der Königin Luise-Gedächtnißkirche** im Beisein des Kaiserpaares dürfte so bald noch nicht erfolgen. Die sämmtlichen zum Haushalte des kaiserlichen Hoflagers schon nach hier gebrachten Effecten sind nach Berlin wieder zurückgeschafft worden.

Königsberg, 14. März. [**Ein „Heilkünstler".**] Auf eine eigenartige Methode versuchte der ehemalige Kommis Max H. von hier, sich seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Er gründete am hiesigen Ort eine **„Sauerstoff-Heilanstalt"**, zu deren Direktor er sich selber machte. An Kundschaft scheint es ihm auch nicht gefehlt zu haben, denn ganz besonders in den Arbeiterkreisen war sein Name bekannt. So erfuhr auch das 50jährige Dienstmädchen Minna Ostrowski durch eine Bekannte von ihr von den „vielen Heilerfolgen" des jungen „Doktors". Die Ostrowski ließ darauf den ihr empfohlenen Arzt zu sich kommen, um ihr langjähriges Leiden durch die neue Heilmethode endlich beseitigen zu lassen. Aus den Angaben, die das Mädchen machte, stellte er die Diagnose auf Nierenleiden und gab ihr dann eine Flasche Safecur, wofür der Preis von 8,50 Mk. gezahlt werden sollte. Ursprünglich machte er der Patientin zur Bedingung, daß das Honorar für seine Thätigkeit, sowie für die gelieferte Medizin erst nach der völligen Genesung der Patientin zu zahlen sei. Schon nach ein paar Tagen gelangte die Kranke zu der Ueberzeugung, daß von dieser Heilmethode nichts zu erwarten war, weshalb sie die ihr gemachten Vorschriften weiter nicht mehr beachtete. Als H. merkte, daß seine Patientin ihm den Rücken zu kehren beabsichtigte, ersuchte er sie brieflich, für seine bisherige Thätigkeit laut ärztlicher Taxe binnen drei Tagen an ihn 6 Mk. zu zahlen, oder sich wieder in seine Behandlung zu begeben. Die Ostrowski that weder das Eine noch das Andere, sondern sandte den Brief der Staatsanwaltschaft ein, in Folge dessen H. wegen versuchten Betruges vor dem Schöffengericht erscheinen mußte. Professor Dr. Seydel, der im Verhandlungstermine als Sachverständiger vernommen wurde, erklärte die Behandlungsmethode des Angeklagten als Humbug. Die Krankheit der Ostrowski bestehe nicht in Nierenleiden, sondern in hochgradiger Tuberkulose. Der Gerichtshof erachtete den Angeklagten des ihm zur Last gelegten Vergehens für schuldig und verurtheilte ihn zu 20 Mk. Geldstrafe oder vier Tagen Gefängniß.

Vermischtes.

Berlin, 14. März. Im Thiergarten **erschossen** aufgefunden wurde heute Morgen der **Schutztruppen-Feldwebel Bentz** in voller Uniform. Er ist vor drei Wochen wegen Fiebers mit Urlaub aus Kamerun hierher gekommen.

Standesamt vom 15. März.

Geburten: Arbeiter Otto Treptau, S. — Buchhalter Adolph Martens, T. — Königl. Provinzial-Steuer-Secretär Paul Rosocha, S. — Straßenbahnwagenführer Theophil Frost, T. — Arbeiter Johann Engler, T. — Militär-Anwärter Johann Schimanski, T. — Tischlergeselle Emil Manzei, S. — Tischlermeister Emil Mittendorff, S. — Schneider Anton Kwiatkowski, S. — Schriftgießer Heinrich Drews, T. — Unehelich: 3 S., 1 T.

Aufgebote: Schmiedegeselle Friedrich August Bartsch und Bertha Bierfreund. — Intendantur-Secretär Johann Otto August Beutler von der kgl. Intendantur des 17. Armeecorps und Marie Charlotte Schulz, geb. Katter. Sämmtl. hier. — Heizer Georg Oswald Wilhelm hier und Elisabeth Henriette Völkner zu Hochstrieß. — Telegraphenmechaniker Ferdinand Georg Gasse hier und Caroline Julie Stübritz zu Erfurt. — Anstreicher Johann Friedrich Kassel und Louise Rockel, beide hier.

Todesfälle: Rentier Albert Lubowsky, 62 J. 3 M. — T. des Zimmergesellen Heinrich Gurr, todtgeb. — T. des Bernsteindrechslers Adolf Heinrich, 5 J. 10 M. — S. des Schlossergesellen Wilhelm Matthes, 5 M. — Kaufmann Paul Treder, 45 J. 6 M. — Kanonier der 6. Batterie Feld-Artillerie-Regiments Nr. 36 Johann Stefan Marzenon, 20 J. 7 M. — Hofbesitzer Carl Dreyer, 88 J. 9 M. — Schülerin Margarethe Fischer, 15 J. — S. des Musikers Friedrich Gensch, 2 W. — T. des Glasermeisters Max Goddeng, 6 W. — Händler August Winkler, 68 J. — Unehelich: 1 S., 1 T.

Danziger Börse vom 15. März.

Weizen ruhig unverändert. Bezahlt wurde für inländischen rothbunt 774 Gr. 154 M, hellbunt 766 Gr. 154 M, hochbunt 766 und 772 Gr. 155 M, fein hochbunt glasig 772 und 777 Gr. 156 M, weiß krank 734 Gr. 150 M, weiß 761, 772 und 777 Gr. 156 M, 783 Gr. 156½ M, fein weiß 772 Gr. 157½ M, roth bezogen 769 Gr. 148 M, roth 750 und 772 Gr. 153 M per To.

Roggen matter. Bezahlt ist inländischer 735, 738 und 741 Gr. 126½ M, 720, 735, 738 und 741 Gr. 126 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländische große 692 Gr. 140 M per To. — **Hafer** geschäftslos. — **Erbsen** inländische Futter- feucht 120 M per Tonne bez. — **Lupinen** inländische 110 M per Tonne geh. — **Wicken** inländ. 162 M alt mit Geruch 150 M, gestern Druckfehler: 172 M soll heißen 162 M, per Tonne bez. — **Kleesaaten** roth 36, 43½, 44½, 47, 48, 50 und 50½ M per 50 Kilogr. geh. — **Thymothee** 18, 21 M, besetzt 14½ M per 50 Kilogr. bez.

Weizenkleie mittel 4,25, 4,40, feine 3,85, 4,05 M, feine besetzt, 3,90 M, gestern grobe 4,67½ M per 50 Kilogr. geh. — **Roggenkleie** 4,37½, 4,42½ M per 50 Kilogr. bezahlt.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 14. März. Wind: NO.

Gesegelt: Stettin (SD.), Brüsch, Stettin, Güter. — Venus (SD.), Schwarz, Köln, Güter.

Den 15. März.

Nichts zu sehen (dick). Wind: ONO.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.